

Stolper Post

Tageszeitung
für Stadt und Land



Ämtliches
Publikations-Organ

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten im Stadtbezirk Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3gespaltene Kellamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nr. 174

Stolp, Mittwoch, den 28. Juli 1926

50. Jahrgang

Ein Vertrauensvotum für Poincaré.

Große Mehrheit für das Kabinett.

Paris, 27. Juli. Die heutige Sitzung der französischen Kammer begann mit der Verlesung der Regierungserklärung durch Poincaré. Die Abstimmung über den Regierungsantrag, die Behandlung der Interpellationen zu vertagen, ergab Annahme mit 358 gegen 131 Stimmen. Gegen Poincaré stimmten nur Sozialisten und Kommunisten. Die Radikalsocialisten enthielten sich größtenteils der Stimme.

Die Regierungserklärung.

Im Einzelnen wird hierzu berichtet: Die Sitzung wurde von Peret, dem neugewählten Kammerpräsidenten, eröffnet. Peret erklärte, das Land erwarte von dem Patriotismus der Abgeordneten schnelle und energische Maßnahmen. Alle Sorge müsse darauf gerichtet sein, die wirtschaftliche Kraft des Landes wiederherzustellen. Ohne finanzielle Unabhängigkeit würde Frankreich seinen privilegierten Rang und moralisches Prestige verlieren, die es sich im Laufe einer langen und ruhmreichen Geschichte erworben habe.

Ministerpräsident Poincaré verlas darauf die folgende Regierungserklärung, die auch vom Justizminister Barthou im Senat vorgetragen wurde:

Das Kabinett ist im Geiste nationaler Versöhnung gebildet worden, um der Gefahr, die gleichzeitig unsere Währung, die Freiheit unseres Schatzamtes und das Gleichgewicht unserer Finanzen bedroht, begegnen zu können. Jeder der Männer, die sich einmütig zusammengesetzt haben, um an diesem Werke des öffentlichen Wohls zu arbeiten, ist der Ansicht gewesen, daß er die Pflicht hat, in diesem Augenblicke an diesem Werke des öffentlichen Wohls zu arbeiten und ihm all seine Gedanken und Kräfte zu widmen.

Später werden andere Fragen auftreten, über die diese Männer verschiedener Ansicht sein werden.

Heute jedoch sind sie vollkommen einer Meinung über die dringende Notwendigkeit einer Finanzsenierung und über die hierbei anzuwendenden Mittel. Nach aufmerksamer u. gewissenhafter Prüfung der Lage haben wir die feste Ueberzeugung gewonnen, daß es möglich ist, schnell den Stand der französischen Finanzen zu bessern und den Kurs des Farnk zu heben. Um dieses Ziel zu erreichen, ist eine sofortige und entschlossene Zusammenarbeit zwischen Regierung und Parlament unbedingt notwendig. Deshalb bringt die Regierung einen Gesetzesentwurf zur Erschließung von den Ausgaben entsprechender Einnahmequellen ein.

Um jede neue Inflationsgefahr zu vermeiden, wird die Regierung die Bewilligung dieser unerlässlichen Zusatzeinnahmen beantragen unter Beobachtung des Sparsamkeitsgrundsatzes. Wenn auch entsprechend den Anregungen der Sachverständigen die Regierung gezwungen ist, unverzüglich zu diesem Zwecke gewisse indirekte Steuern zu erhöhen, so wird sie gleichzeitig durch direkte Besteuerung des erworbenen Vermögens für die gerechte Verteilung der Lasten sorgen.

Ein Teil des Betrages wird alljährlich zur Speisung einer Amortisationskasse für die Bonds der nationalen Verteidigung dienen. Außerdem müssen Maßnahmen getroffen werden, um das Vertrauen aufrechtzuerhalten und es der Regierung zu ermöglichen, künftig alle Verpflichtungen des Staates einzuhalten,

die Produktion im Mutterland und in den Kolonien zu fördern und die Lebenskraft des Landes zu steigern.

Wir behaupten nicht, in einigen Wochen oder auch nur in einigen Monaten die gesamten Wirtschafts- und Finanzprobleme lösen zu können, die ein beinahe überall in der Welt herrschender Notstand vor uns hat erheben lassen. Die Hauptsache ist aber zweifellos, das Dringlichste ohne Umschweife und ohne Winkelzüge in Angriff zu nehmen. Ebenso wie wir selbst, haben die Gläubignationen Frankreichs, sowie Frankreich fest entschlossen ist, im Rahmen seiner Möglichkeit zu bezahlen, ein Interesse daran, daß wir vor allem die Währungskrise beheben, die auf vielfache Ursachen zurückzuführen ist, die jedoch sehr wohl beschwichtigt und deren gefährliche Auswirkungen vermieden werden können. Frankreich hat ernstere und schmerzlichere Stunden als diese erlebt. Es hat sich damals durch Einigung und Energie gerettet. Auch heute hängt von diesen Bedingungen der Sieg ab.

Die Regierungserklärung schließt mit den Worten: „Gehen wir sofort an unsere schwere Aufgabe für die Republik und das Vaterland.“

Ein zweiter Sieg Poincarés.

Die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten wurde dauernd durch demonstrative Auftritte der Kommunisten un-

terbrochen. Der Kommunist Cachin rief Poincaré zu man sehe ihn stets im Zeichen des Unheils an der Spitze des Staates.

Mehrere Kommunisten wurden zur Ordnung gerufen. Die Tribüne verhielt sich völlig ruhig. Nach der Rede Poincarés teilte der Kammerpräsident mit, daß elf Interpellationen vorlägen, und er fragte die Regierung, ob sie auf diese Interpellationen zu antworten gedenke.

Poincaré erklärte darauf, die Regierung wüschte Vertagung und verbinde mit der Abstimmung über ihren Antrag die Vertrauensfrage. Die Abstimmung ergab 358 für den Regierungsantrag, 131 dagegen.

Die Sitzung wurde für einige Minuten unterbrochen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung der französischen Kammer wurde zunächst das Ergebnis der ersten Abstimmung bekanntgegeben, worauf Ministerpräsident Poincaré die von seinem Kabinett ausgearbeiteten Finanzprojekte vorlegte. Eine Verlesung der Texte fand nicht statt. Die Entwürfe wurden sofort der Finanzkommission der Kammer überwiesen.

Poincaré beantragte, daß die Finanzprojekte nach dem beschleunigten Verfahren, das für dringende Angelegenheiten in der Geschäftsordnung der Kammer vorgesehen sei, behandelt würden. Die Sitzung wurde zu kurzer Aussprache der einzelnen Gruppen nochmals unterbrochen. Nach der Pause begann sofort die Abstimmung über den Antrag der Regierung. Das Ergebnis der Abstimmung lautete: 418 Stimmen für beschleunigtes Verfahren, 31 Stimmen gegen.

Die Sitzung wurde darauf um 6 Uhr 15 Minuten geschlossen. Weiterberatung am Freitag.

Triumphator Poincaré.

Zürich, 27. Juli. Die „Neue Züricher Zeitung“ telegraphiert um 8 Uhr abends aus Paris: Poincarés Kammerrede ging ein Triumph für Poincaré, voraus, wie ihn der Mann von 1914 bisher kaum erlebt hat. Die Straßen, vor allem am Invaliden-Dom, waren mit zehntausenden von jubelnden Menschen gefüllt. Blumen und Kränze stauten sich im Auto des Ministerpräsidenten zu Bergen. Der Wagen brauchte statt 18 Minuten fast eine halbe Stunde, um durch die enthusiastischen Menschenmengen hindurch zum Palais Bourbon zu gelangen.

In der Kammer kam es zu unerhörten kommunistischen Sturmjahren. Poincaré hatte noch nicht den zweiten Satz der Regierungserklärung beendet, als die Kommunisten mit einem maßlosen Pfeif- und Schimpfkonzert einsetzten. Poincaré kam nicht zum Sprechen. Die 26 Kommunisten erhoben sich wie ein Mann und brüllten durch das Haus die Klänge der Internationalen. Minutenlang blieben die Bemühungen des Präsidenten, die Ruhe wieder herzustellen, vergeblich. Poincaré konnte erst nach acht Minuten die Verlesung der Regierungserklärung wieder aufnehmen. Aber in dem unaufhörlichen Lärm ging der größte Teil seiner Worte verloren.

Nach der Erklärung des Ministerpräsidenten setzten auf der rechten und in der Mitte des Hauses minutenlang stürmische Beifallsstundgebungen ein, während die Sozialisten in eifrigem Schweigen verharrten, und die Kommunisten ihr Lärmkonzert fortsetzten. Nach fünf Minuten erst konnte der Präsident der Kammer mit der Verlesung der eingegangenen Interpellationen beginnen.

Basel, 27. Juli. Die „Basler Nachrichten“ telegraphieren aus Paris: Nachdem der Frankkurs heute im Verhältnis zum Pfd. Sterl. einen erheblichen Rückgang aufwies (200 Fr. gleich 1 Pfd. Sterl.), trat um 2 Uhr eine abermalige, wenn auch vorerst nur leichte Hebung des Frankkurses ein, indem er um 2 Uhr mit 196,50—197 notiert wurde.

Das Elfaß gegen Frankreich.

Professor Rossé vor der Disziplinarkammer.

Strasbourg, 27. Juli. In der Reihe der Disziplinarverfahren gegen die Unterzeichner des Aufrufs des autonomen Heimatsbundes wird morgen der voreerst interessanteste Prozeß stattfinden. Der Führer der einheimischen Lehrer- und Beamtenschaft, Prof. Josef Rossé, muß sich am Mittwoch vor der oberelsässischen Disziplinarkammer in Colmar verantworten. Bei diesem Gericht, das auf Grund des noch geltenden fortschrittlichen deutschen Beamtenrechts zusammengesetzt ist, und bei dem daher Einheimische als Richter mitwirken, wird der französische Wunsch nach einer Verurteilung auf größeren Widerstand stoßen, als bei der Mehrzahl der bisher angerufenen Instanzen, bei denen fast durchweg Franzosen das entscheidende Wort zu sprechen hatten. Die Verhandlungen sind öffentlich. Es ist anzunehmen, daß Prof. Rossé, der in

der Heimatrechtsbewegung ebenso wie in der Beamtenbewegung führend ist, die Gelegenheit zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit der französischen Gegnerschaft benutzen wird.

Demonstrationen in Straßburg.

Straßburg, 27. Juli. Zehn Eisenbahner, die seinerzeit das Manifest des Heimatsbundes mitunterzeichnet haben, sind vom Direktor der elsass-lothringischen Bahnen entlassen worden. Im Zusammenhang damit hat das Aktionskomitee der Vereinigten Staatsbeamten, Eisenbahner und Lehrer gestern in Straßburg eine von über 3000 Personen besuchte große Kundgebung veranstaltet. Einige der von den Vertretern der 40000 Eisenbahner und Landesbeamten vorgeschlagene Resolutionen gelangten zur Annahme, in denen anständige Bezahlung, die Wahrung des Rechts der freien Meinungsäußerung und die Wiedergutmachung des den Gemahrgerechten zugesügten Unrechts gefordert wird. Zahlreiche Polizisten hatten das Sängergesang, in dem die Kundgebung stattfand, umstellt. Hinter dem Gebäude war außerdem noch eine Schwadron berittener Gendarmen und eine Abteilung Gendarmen zu Fuß aufgestellt. Als der in Zivil am Vorstandstisch sitzende Polizeikommissar bei Angriffen gegen die französische Regierung plötzlich seine Schärpe anlegte und die Versammlung schließen wollte, drangen die Beamten gegen den Vorstandstisch vor, sodaß der Polizeikommissar einlenkte und die Weiterführung der Versammlung gestattete.

Germersheim.

Berlin, 27. Juli. Wie aus Germersheim gemeldet wird, hatte die Stadtverwaltung Germersheim an die französische Besatzungsbehörde das Ersuchen auf Freigabe des früheren, jetzt eingeebneten Festungsgeländes am Rhein zur Ansiedlung von Industrie gerichtet. Die Verfügungsgewalt über das gesamte frühere Festungsgelände wird von der Besatzungsbehörde widerrechtlich in Anspruch genommen, obwohl das Gelände von ihr gar nicht benutzt wird. Bei der Frage der Freigabe des Festungsgeländes handelt es sich um die Zukunft der Stadt Germersheim, deren Wirtschaftsleben durch den Verlust der ehemaligen deutschen Garnison völlig seiner Grundlage beraubt ist. Die Stadt kann sich vor dem völligen Zusammenbruch nur retten, wenn sie sich auf industrielle Entwicklung umstellt. Diese Möglichkeit ist infolge der natürlichen Lage am Rhein und als Knotenpunkt von vier Eisenbahnlinien gegeben, ist ihr aber versperrt, solange sie über das reichlich vorhandene Festungsgelände, das sich vortrefflich zur Ansiedlung von Industrien eignet, nicht verfügen kann.

Die französische Besatzungsbehörde will jedoch aus dem früheren Festungsgelände ein „Kompanisationsobjekt“ machen. Sie hat der Stadtverwaltung ein „Uebereinkommen“ vorgeschlagen, nach dem sie das Festungsgelände am Rhein nur unter der Bedingung freigeben will, wenn die Stadtverwaltung sich verpflichtet, aus eigenen Mitteln 16 französische Offizierswohnungen mit einem Kostenaufwand von rund 320 000 Mark zu bauen, ein Reithaus für etwa 7000 Mark vollständig neu herzurichten und die auf 6000 Mark zu veranschlagende Verlegung der Militärschwimmhalle vorzunehmen.

Um zu verhindern, daß die bei Annahme des Uebereinkommens anfallenden Kosten nach dem Dawesplan Frankreich auf die deutsche Jahresschuld angerechnet werden, enthält das von der Besatzungsbehörde vorgeschlagene Uebereinkommen außerdem die unerhörte Bedingung, daß die Stadtverwaltung nicht berechtigt sei, Rechtsansprüche auf Entschädigung für diese Kosten durch das Reich geltend zu machen. Da die völlig verarmte und durch die Vornahme von Einheitsarbeiten verschuldete Stadt nie und nimmer in der Lage ist, auch nur einen Bruchteil von 330 000 Mark aufzubringen, mußte sie schon aus diesem Grunde den französischen Vorschlag ablehnen. Da die Besatzungsbehörde aber nach Ablehnung dieses Vorschlages sich unmachtig zeigt, sieht die Stadt keine Möglichkeit, in den Besitz des ihr vorenthaltenen Festungsgeländes zu kommen und muß deshalb alle Gedanken an die notwendige Industrialisierung aufgeben.

Die Völlerbundsanleihe für Danzig.

Senatspräsident Dr. Sahn über die Londoner Verhandlungen.

Danzig, 27. Juli. Der Präsident des Danziger Senats, Dr. Sahn, empfing heute nach seiner Rückkehr aus London von den Verhandlungen des Finanzkomitees des Völlerbundes die Vertreter der Danziger auswärtigen Presse, um über die Londoner Verhandlungen verschiedene Mitteilungen zu machen. Präsident Dr. Sahn erklärte zunächst, daß die Verhand-

lungen mit dem Komitee sich in angenehmer Weise vollzogen hätten. Das Komitee hätte in Danzig eingehende Studien an Ort und Stelle gemacht, auf Grund deren es einen Bericht an den Völkerverbund ausgearbeitet habe, der aber nicht veröffentlicht wurde. Auf Grund dieses Berichts seien die Besprechungen mit dem Komitee erfolgt. Verhandlungen mit Polen hätten in London nur insoweit stattgefunden, als es sich dabei um den Zollverteilungsschlüssel gehandelt habe. Präsident Dr. Sahm erklärte, daß der Vorschlag des Finanzkomitees weder von Danzig noch von Polen abgelehnt worden sei, sondern die polnische Delegation habe erklärt, mangels ausreichender Vollmachten erst neue Instruktionen ihrer Regierung einholen zu müssen. Eine ähnlich lautende Erklärung sei auch von der Danziger Delegation abgegeben worden. Das Finanzkomitee habe vorgeschlagen, daß die freie Stadt Danzig einen Nachtragsetat vorlegen soll, der das Gleichgewicht des Budgets herbeiführt und das Defizit beseitigt, während Polen bereit wäre, Danzig einen Mindestbetrag von 14 Millionen Danziger Gulden jährlich aus den Zolleinnahmen zu garantieren. Die Stellungnahme des Finanzkomitees schaffe insofern nur ein Provisorium, als dieser Mindestbetrag nur für zwei Jahre garantiert werden soll. Wenn die Bilanzierung des Etats erreicht und eine Einigung in Polen über die Regelung des Zollverteilungsschlüssels zustande gekommen sei, so sei das Finanzkomitee bereit, dem Völkerverbund die Auflegung einer Anleihe für die freie Stadt Danzig zu empfehlen.

Das polnische Ausländergesetz.

Abbruch der Niederlassungsverhandlungen.

Die im Rahmen der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen geführten Verhandlungen über das Niederlassungsrecht sind auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Veranlassung hierzu gab in erster Linie die bevorstehende Inkraftsetzung des neuen polnischen Ausländergesetzes, die gemäß der neuen Vollmachten der polnischen Regierung voraussichtlich in einigen Tagen auf dem Verordnungswege erfolgen wird.

Dieses polnische Ausländergesetz verschlechtert die Rechtslage der Ausländer in Polen ganz erheblich und liefert sie bis zu einem gewissen Grade dem Ermessen der unteren Behörden aus. Für die Wiederaufnahme der Niederlassungsverhandlungen bedeutet dieses Gesetz natürlich eine erhebliche Belastung, die mit den von dem polnischen Außenminister erst kürzlich betonten guten Absichten der polnischen Regierung, eine Besserung der deutsch-polnischen Beziehungen herbeizuführen, wenig in Einklang steht.

Ein amerikanischer Gesandter insultiert!

Bukarest, 27. Juli. Im Verlaufe der vorigen Woche hat sich ein überaus peinlicher Vorfall auf der rumänischen Eisenbahn zugetragen. Der amerikanische Gesandte in Bukarest, Culbertson, befand sich auf der Reise nach Bessarabien, um Land und Leute kennen zu lernen. Ein Ministerialsekretär aus dem Ministerium des Außenwesens begleitete ihn, um ihm unterwegs die nötigen Aufklärungen zu erteilen. Wegen der Hitze war der amerikanische Gesandte aus dem Wagenabteil auf den Seitengang des Waggons getreten, hatte ein Fenster heruntergelassen und bei dieser Gelegenheit mit dem Ellenbogen einen rumänischen Offizier angestoßen, der eben den Seitengang passierte. Dieser, ein Mittmeister, schlug, ohne ein Wort zu sagen, den amerikanischen Gesandten ins Gesicht. Die Bukarester Blätter sind bemüht, die Angelegenheit zu beschönigen, und fügen hinzu, daß auf die Anzeige des Außenministeriums das Kriegsministerium eine strenge Untersuchung angeordnet habe.

Der Mann aus der Mittagsstraße.

Roman von Annä von Panhuys (Barcelona).

(9. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Frau Weidemann stand auf dem Flur mit etwas verlegener Miene.

Magda nickte ihr zu. „Es bleibt alles beim alten, und unterwegs erzähle ich Ihrer Tochter den Grund meiner geheimnisvollen Gänge.“

Frau Weidemann lächelte.

„Ach, ich bin schon froh, daß Sie bei uns bleiben.“

Unterdessen schob die junge Frau ihren Arm unter den Magdas.

Sie schaute zu der Größeren empor.

„Bin ordentlich stolz, mich neben Ihnen zeigen zu dürfen, alles dreht sich nach Ihrer edlen Blondheit um. Jesses, wie müssen Sie in jener Straße erst auffallen! Ich will auch noch etwas aus der Schule plaudern. Ein schönes, aber lasterhaft aussehendes Mädel kam gestern, verklärte Sie, meinte: Sie hätten ihr den Geliebten weggenommen. Ihre Wege wäre er roh zu ihr gewesen und die ganze Straße sei aufgeregt darüber, daß er sich eine Novia (Braut) von draußen hole. Na und so weiter —“

Magda nickte vor sich hin. Also so hing die Sache zusammen. Die schwarzhaarige Pepito mit dem gemessenem Gesichtchen, hatte Gift und Galle gespitten.

Im Grund durfte sie ihr nicht zürnen, von ihrem Standpunkt war ihre Handlungsweise durchaus verständlich.

Das armenige Geschöpf kämpfte um den Mann seiner Liebe.

Sie blickte nachdenklich, sagte endlich: „Ich danke Ihnen für die Mitteilung, mir ahnte Nihilisches und nun will ich Ihnen erzählen von meinen Gespenstern. Drei waren es, zwei sind es jetzt.“

Sie blieben stehen, mit lautem Getöse fuhr eben die Sarrabahn an ihnen vorbei, diese elektrische Eisenbahn, die frei die große Stadt durchquert und schon so manchen Menschen und manches Fahrzeug auf dem Gewissen hat. Schräg pfeifend rasten die drei langen Wagen vorüber, hinaus in die Umgebung der großen Stadt nach Zarrä, das Almas und weiter bis Torrafa, von wo man die wildzackigen, schaurig zum Himmel gereckten Stuppen des Montserrat sehen kann, darauf einigt die Grafsburg gestanden haben soll.

Die Bahn war vorbeigefahren, die beiden konnten ihren Weg fortsetzen.

Schon zeigten sich die Palmen der Plaza de Cataluna und Magda erzählte, so kurz es ihr nur möglich war, von dem

Fürsorge für die ausgesteuerten Erwerbslosen.

Berlin, 27. Juli. Bei den Besprechungen, die am 23. und 24. Juli im Reichsarbeitministerium mit den Vertretern der Landesregierungen stattgefunden haben, wurde auch die Frage der besonderen Fürsorge für die Erwerbslosen erörtert, die die Höchstdauer in der Erwerbslosenfürsorge überschritten und deshalb keinen Anspruch mehr auf Erwerbslosenfürsorge haben. In den vorhergehenden Tagen war die gleiche Frage im Verwaltungsrat der Reichsarbeitverwaltung und mit den kommunalen Spitzenverbänden besprochen worden. Eine Verlängerung der Höchstdauer in der Erwerbslosenfürsorge über 52 Wochen hinaus kann nach Ansicht der Regierung nur mit Zustimmung des Reichstages und nur in Form eines Gesetzes erfolgen. Der Reichstag hat vor seinem Auseinandergehen den Standpunkt der Reichsregierung akzeptiert; nach der Haltung, die er bei den Erörterungen über die Ausgesteuertenfrage eingenommen hat, legt er Wert darauf, bei einer endgültigen Regelung beteiligt zu werden. Die Länder teilten in ihrer großen Mehrheit den Standpunkt der Reichsregierung, daß

bis zu einer endgültigen Regelung die Fürsorge für die Ausgesteuerten aus weiterhin Sachde der allgemeinen Wohlfahrtspflege ist,

der sie nach dem jetzigen Rechtszustand obliegt, daß aber den Bezirksfürsorgeverbänden unter bestimmten Voraussetzungen finanzielle Beihilfe gewährt werden müsse. Im einzelnen haben die Länder und die anderen beteiligten Stellen für die vorläufige Regelung, um die es sich jetzt handelt, eine Reihe von Wünschen vorgetragen, zu denen die Reichsregierung noch endgültig Stellung nehmen muß.

Reform der deutschen Justiz.

Reichsjustizminister Dr. Voss über sein Programm.

Berlin, 26. Juli. Dr. Voss hat als Reichsjustizminister einem Pressevertreter über die geplante Justizreform der Reichsregierung Erklärungen abgegeben, die sich einleitend mit der Rechtsprechung in politischen Prozessen befaßten. Er hat sich dabei auf den Standpunkt gestellt, daß Staat und Richter in gleicher Weise geschützt werden müßten, damit eine objektive Rechtsprechung überhaupt möglich sei. Die Strafrechtsreform hoffe er im Oktober den zuständigen Reichsratsausschüssen zur Beratung übergeben zu können. Dabei soll auch die Frage der Verbesserung des Ehrenschnitkes behandelt werden. Bei der Neuregelung der Untersuchungshaft ist an die Einführung einer mündlichen Verhandlung über die Aufhebung oder Aufrechterhaltung des Haftbefehls gedacht. Ein neues Strafpolizugengesetz mit einem sogenannten Sufenstrafvollzug ist in Aussicht genommen. Es liegt ein Entwurf bereits fertig vor und wird nach den Sommerferien die Länder beschäftigen. Dr. Voss ging dann u. a. noch auf den Gesetzentwurf über die Rechtsstellung der unehelichen Kinder, auf das Auslieferungsgesetz, die Revision des Gesetzes des gewerblichen Rechtschnitkes und die Durchführung der Pfandbriefaufwertung ein, über die in kurzer Zeit eine Verordnung erlassen werden soll.

Forkführung der Deutschen Nothilfe.

Ein beachtenswerter Beschluß des Reichsarbeitersausschusses.

Der soeben herausgegebene Tätigkeitsbericht der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Nothilfe in Berlin gibt beachtliche Aufschlüsse über die Bemühungen, ergänzende Mittel zur Förderung der Wohlfahrtspflege durch freie Liebeshätigkeit aufzubringen. Insbesondere sind durch die Kasse der Reichsgeschäftsstelle allein mehr als zehn Millionen Goldmark ge-

Diebstahl des kostbaren Armbands in der eleganten Villa Peter Zents in der Bodenheimer Landstraße zu Frankfurt am Main und seine Folgen für ihre Eltern. Sie erzählte von ihrer Liebe zu Bernhard Zent und dem Unfall, der sie in die Mediobdia geführt und vor allem, was sich daraus ergab. Sie erzählte von dem Juwelier Juan Fernandez, der so ganz anders ausgehien, als jener, den die Erkundigung beschrieb, und erzählte von der Ähnlichkeit zwischen dem Wohnungsagenten und dem Menschen, den man in der Mediobdia Maestro (Meister) nannte.

Die junge Frau hatte förmlich atemlos zugehört, das ganze Persönchen zitterte vor Erregung.

„Das klingt wie ein Kriminalroman,“ sagte sie begeistert, „alles ist etwas gruselig und dabei doch riesig spannend. Fräulein Dühren, liebes Fräulein Dühren, wir wollen beide gründlich nachhaken, wie wir dem Dieb auf die Spur kommen könnten. Ich sage Ihnen, denn Sie müssen mir erlauben, jetzt ein bißchen mitzuspielen. Eins von Ihren zwei Gespenstern ist bestimmt der Dieb! Entweder der Agent oder der interessante Carlos Numez. Einer der beiden hat sich damals in Frankfurt Juan Fernandez genannt und da, wie Sie erzählten, die Polizei ihm seinerzeit auch einen Besuch machte, war er sicher im Besitz eines Passes, der auf diesen Namen lautete. jemand, der unter falschem Namen auftritt, hat kein sauberes Gewissen; er einer sichtet auch.“

Magda nickte. „Stimmt alles, alles! Aber wie bringt man heraus, welcher von den Zweien sich den falschen Namen annahmte. Nach meiner Ansicht sichtet einer wie der andere aus.“

„Ich will mir den Kopf ordentlich zurechen, um das Problem lösen zu helfen,“ versprach die junge Frau. Man war inzwischen vor dem Hause angelangt, darin sich der Modosalon „La Espanola“ befand.

Magda schlenderte langsam beim, am Plaza de Cataluna wurden Erdarbeiten verrichtet. Bretterzäune schlossen Teile des Platzes vom Verkehr ab.

Die Reklame nickte das aus, die Zäune mit Affichen zu bekleben.

Gedankenlos ließ Magda ihre Augen über die bunten Zettel gleiten. Alle möglichen Theater und Varietés zeigten an, was sie zu bieten hatten. Ein riesiger grellgrüner Bogen schrie am lautesten aus dem Chaos von bunten Farben.

In beinahe handbreiten schwarzen Buchstaben hoben sich von dem schwarzen Grün vor allem die drei Silben ab:

„El Maestro!“

„Alles andere war im Verhältnis dazu nur klein gedruckt. Unwillkürlich blieb Magda stehen.“

„El Maestro!“

loffen, von denen sieben Millionen zur Linderung der Not des besetzten Gebietes verwendet worden sind. Ueber drei Millionen Reichsmark fanden zur ergänzenden Fürsorge im ganzen Reichsgebiet sowie für einige Sonderzwecke (Dormunder Grubenkatastrophe, ausgewiesene Optanten, Hochwasser-geschädigte u. a.) Verwendung. Besonders bemerkenswert sind die Angaben über den nach ausländischen Erfahrungen erfolgreich organisierter Vertrieb der Wohlfahrtsbriefmarkten zugunsten der Deutschen Nothilfe, deren zwei erste Serien einen Erlös von 2 1/2 Millionen Reichsmark brachten. Mit Rücksicht auf die noch bestehenden außergewöhnlichen Notstände wurde neuerdings durch den Reichsarbeitersausschuss mit Zustimmung sämtlicher Landesregierungen und der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege die Fortführung der Deutschen Nothilfe in ihrer bisherigen Form als Arbeitsgemeinschaft der öffentlichen und privaten Wohlfahrtspflege beschlossen. Das Reichsarbeitersministerium hat der Fortsetzung des Betriebes von Wohlfahrtsbriefmarkten bereits zugestimmt.

Gegen die Kalipreiserhöhung.

Berlin, 27. Juli. Im Zusammenhang mit den heute fortgesetzten Verhandlungen zwischen der Kali-Industrie und den Vertretern der Landwirtschaft über die Kalipreiserhöhung wird von besonders unterrichteter landwirtschaftlicher Seite ausgeführt: Die Vertreter der Landwirtschaft stand an ihrer Auffassung fest, daß bei dem gegenwärtigen Stand der landwirtschaftlichen Erzeugnispreise eine Kalipreiserhöhung untragbar sei. Es werde für das endgültige Ergebnis von entscheidender Bedeutung sein, ob das Reichslandwirtschaftsministerium von seinem Recht, gegen die Kalipreiserhöhung ein Veto einzulegen, Gebrauch machen werde. Das Reichslandwirtschaftsministerium habe die vorgelegten Kalkulationen des Kaliproduzents nachgeprüft und sei hierbei zu dem Ergebnis gekommen, daß besondere Gründe für Preiserhöhungen in dem vorgesehene Ausmaß nicht vorlägen. Nach den geltenden Bestimmungen ist jedoch das Reichslandwirtschaftsministerium erst dann verpflichtet, von seinem Einspruchsrecht Gebrauch zu machen, wenn die Wahrung des Allgemeinwohls dies erforderlich macht. Was die Haltung der beteiligten Arbeiterschaft anbelange, so werde sie, wie man weiterhin in landwirtschaftlichen Kreisen annehme, wahrscheinlich die verlangten Preiserhöhungen unter Hinblick auf die unter Umständen einsetzende Preisentwicklung nicht unterstützen.

Deutsches Reich.

Professor Barnes spricht in München. Prof. Barnes wird heute in München über die Frage der Schuld am Weltkriege im Auditorium maximum der Universität sprechen. Im Anschluß daran veranstaltet der bayerische Ministerpräsident Dr. Held einen Empfang zu Ehren von Prof. Barnes. Auch die Münchener Stadtvertretung wird Prof. Barnes im Rathaus empfangen.

Besichtigung der Rheininsel Lorch. Auf Einladung des Landeshauptmanns der Rheinprovinz fand eine Besichtigung der für das Reichsheimathaus vorgeschlagenen Rheininsel Lorch statt. Von den zahlreich anwesenden Vertretern der Frontkämpferorganisationen konnte nur ein einziger im Namen seines deutschen Gesamtverbandes eine klare Zusage abgeben, und zwar im Namen des Deutschen Offizier-Bundes, die Vertreter der übrigen Organisationen aber gaben ähnliche Erklärungen nur für ihre westdeutschen Provinzverbände ab, und auch Württemberg bezeugte seine wärmste Sympathie für den rheinischen Plan. An die Besichtigung von Lorch angeschlossen wurde noch eine Fahrt nach der Insel Hammerstein bei Andernach und nach der Insel Grafenwert am Trachenfels, doch man hatte durchaus den Eindruck, daß die Insel Lorch das einzige ernsthaft in Frage kommende Rheinprojekt sei.

Weshalb mußte sie dabei jogleich an Carlos Numez denken? Weil ihn ein Kröppel so genannt, weil man ihn nicht scheuend in der Mediobdia so nannte?

„Mit diesem Maestro, den die Reklame so schreiend ausrief, hatte ihr eines Gespenst sicher nichts zu tun.“

Sie las. Es war die Unkundigkeit einer Musik Hall in der Straße Marques del Negro. Sie enthielt nur Frauen-namen bis auf den Mittelpunkt des Programms: El Maestro.

Nichts weiter stand da, kein Namen fand sich und keine Andeutung, was El Maestro leistete.

Magda setzte ihren Weg fort.

Zu dumm, daß sie jetzt an gar nichts anderes mehr denken konnte, als an die verworrene Geschichte. —

Nach dem Essen kam die junge Frau zu ihr ins Zimmer.

„Ich bin schon ganz schufelich vor Nachdenken, wie man den Dieb packen könnte“, lachte sie, „Mutter aber hat Angst. Sie meint, Sie müßten sehr vorsichtig sein. Wenn so ein gefährlicher Mensch Lunte riecht, ging es nicht gut aus.“

Sie faltete eine Zeitung auseinander.

„Ihre Erzählung heute früh, hat meine Phantasie aufs äußerste erregt. Sehen Sie, Fräulein Dühren, ich lese da vorhin die neueste „Vanguardia“ und stoße dabei auf den Veranlagungsteil.“ Sie wies mit dem Finger auf eine bestimmte Stelle. „Lesen Sie, bitte, — ich habe es mindestens schon ein Duzend mal getan.“

Magda neigte sich über das Blatt.

„El Maestro! sprang es ihr dictadruert entgegen.“

Sie lächelte.

„Ich sah unterwegs riesige Affichen, darauf stand auch El Maestro! Ich befinde mich ja auch im Mann dieses Wortes! Sonderbar, daß es auch Ihnen auffiel. Daß wir beide Zusammenhang wittern. Es ist natürlich Unfuss. Es ist Einbildung. Es kommt nur durch unsere Unterhaltung. El Maestro hat sich in uns beiden festgesetzt, es klingl.“

Die junge Frau nickte.

„Wahrscheinlich ist es nur das, sehr wahrscheinlich. Immerhin schlage ich vor, wir sehen uns einmal den Maestro an. Ich will mich erkundigen, ob man diese Musik Hall besichtigen kann. Da ja überall täglich auch des Nachmittags Vorstellungen stattfinden, schlage ich dann weiter vor, wir gehen Nachmittags dorthin, wo El Maestro austritt.“

Magda war sofort einverstanden, und die junge Frau konnte ihr schon eine halbe Stunde darauf berichten, die genannte Musik Hall gehöre zu den ausfindigen ihrer Art.

Wie überall in diesen Lokalen, waren dort die Ueberzahl der Gäste Herrn, doch verheirathete auch einfaches Familienpublikum da. Um halb vier beendete die Vorstellung.

(Fortsetzung folgt.)

Vollendung des Mittelkanals. Die am 26. Juli abgehaltene Besprechung zwischen dem Reich und den am Mittelkanal beteiligten Ländern hat zu dem Ergebnis geführt, daß Reich und Länder über folgenden, im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms auszuführenden Bauplan einig sind: **Vollendung des Hauptkanals** (Weine bis Burg) einschließlich folgender Teile des Sildlings: Kanal von Leipzig bis Creppau, Saalekanalisierung von Creppau bis Halle und Zweigkanal Bernburg-Leopoldshausen-Stassfurt. Verbunden mit diesen Anlagen ist ein Zweigkanal nach Braunschweig sowie ein Elbabstieg nach Rothenfee und Kiegripp. Das Bauprogramm soll in Angriff genommen werden, sobald die den Ländern zugegangenen Verträge über die Vollendung des Mittelkanals unterschrieben sind und dem Reich wieder zugegangen sein werden.

Auslands-Rundschau.

Amerika trägt eine Danfeschuld ab. In Bridgeton (New-Jersey) wurde der völlig mittellose verstorbenen deutsche Kriegsteilnehmer Peterka auf Kosten der amerikanischen Legion feierlich beigelegt. Als Bahrtuchträger fungierten amerikanische Kriegsveteranen. Der Kommandeur der Regimentsabteilung gedachte in einer Ansprache am Grabe der von den Deutschen veranstalteten feierlichen Beisetzungsfeier des Sohnes Roosevelts bei St. Quentin. Mit der feierlichen Beisetzung Peterkas trage Amerika also eine Danfeschuld ab.

Belgische Rettungsversuche. Der Ministerrat prüfte den Finanzplan in seiner Gesamtheit und beschloß, daß die Minister Vandervelde und Francqui sich im Laufe der Woche nach Paris begeben sollen, um mit der französischen Regierung Fühlung zu nehmen. Der Ministerrat beschloß außerdem, dem König eine Verfügung zu unterbreiten, durch die Aufenthaltsgelder für fremde Staatsangehörige mit Ausnahme der Ausländer mit entwerteter Währung erhöht wird. Ferner wird darin eine Tagessgebühr für den Verkehr ausländischer Kraftwagen festgesetzt und eine Bestimmung getroffen über die Reorganisation und Verstärkung der Devisenkontrolle.

Ueberraschungen in Magdeburg.

Kriminalkommissar ten Holt suspendiert. Gegen den bisher in der Morduntersuchung Helling beschäftigten Kriminalkommissar ten Holt ist ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden; ihm wurde die Ausübung der Amtsbefugnisse vorläufig untersagt. Kriminalkommissar ten Holt hat sich unter Vorlage eines ärztlichen Attestes, das seine Dienstfähigkeit bescheinigt, krank gemeldet. Es dürfte kaum einem Zweifel unterliegen, daß die Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen Kriminalkommissar ten Holt auf Unterredungen, die im Justizministerium in dieser Angelegenheit stattgefunden haben, und an denen Regierungsdirektor Dr. Weiß und Kriminalrat Solzow teilnahmen, zurückzuführen ist. Letzterer wird bis auf weiteres noch in Magdeburg verbleiben. Bei der Suspendierung ist sicherlich auch die Tatsache von Belang gewesen, daß Schröder versucht hat, Angehörige des tschechischen Konsulats in die Angelegenheit mit hineinanzuziehen. ten Holt verfolgte auch diese Fährte und suchte mit Schröder, obwohl dieser bereits des öfteren als Schwindler entlarvt worden war, ohne Wissen und ohne Zustimmung des Untersuchungsrichters die Räume des tschechischen Konsulats auf.

Daß in der Sache ein diplomatischer Schriftwechsel mit der tschechischen Regierung stattgefunden hat, bezw. eine Protestnote dieser ergangen sei, entspricht nicht den Tatsachen.

Vermischtes.

Explosion im Schmiedeseuer. Einen eigenartigen schweren Unfall erlitt ein Schmied in Nienbühl bei Kettwig, der mit der Herstellung einer Rette beschäftigt war. Mitten in der Arbeit erfolgte im Schmiedeseuer eine heftige Explosion, durch die zwei in der Nähe stehende Personen zu Boden geschleudert wurden. Der Schmied selbst trug schwere Verletzungen an der rechten Hand davon. Die Ursache der Explosion vermag man sich nicht zu erklären, man vermutet, daß Dynamit in den Kohlen gewesen ist.

Raubüberfall auf einen Geldbrieftäger. In einem Hausgang im Osten von Hannover zog ein junger Mann plötzlich einen Revolver und bedrohte einen Geldbrieftäger mit der geladenen Waffe. Auf die Abwehrversuche des Angegriffenen verzichtete der Täter dem Beamten mit dem Revolver einen Schlag ins Gesicht, so daß eine klaffende Wunde entstand. Auf die Hilferufe des Ueberfallenen flüchtete der Täter, er konnte indessen von Passanten ergriffen und der Polizei übergeben werden.

Stadt. Kreis. Provinz.

Auf dem heutigen Wochenmarke kosteten in Nienbühl: Butter 180, Schweinefleisch 80—130, Kalbfleisch 90—140, Hammelfleisch 90—110, Rindfleisch 80—120 das Pfund, Johannisbeeren 20—25, Stachelbeeren 40, Blaubeeren 50, Kirchen 25 bis 40 das Liter, Erdbeeren 15—20, Bohnen 30—35 das Pfund, Eier 9—10 das Stück.

Lästige Ausländer. Die hiesige Polizei-Verwaltung hat den österreichischen Staatsangehörigen Arbeiter Anton Zeindl, geboren am 22. Februar 1899 zu Bielking in der Schweiz, ohne festen Wohnsitz als lästigen Ausländer des Landes verwiesen, ebenso den tschechischen Staatsangehörigen Fabrikarbeiter Karl Pekny, geboren am 16. Mai 1901 zu Unterhofenreuth in Böhmen aus dem gleichen Grunde.

Änderung der Bestimmung über die Invalidenversicherungspflicht der Lehrlinge. Durch Änderung der Reichsversicherungsordnung vom 28. Juli 1926 war bestimmt worden (§ 1387 Abs. 2), daß der Arbeitgeber für Versicherte, deren wöchentliches Entgelt 6 Reichsmark nicht übersteigt, sowie für Lehrlinge die vollen Beiträge zur Invalidenversicherung allein zu entrichten hat. Für Lehrlinge mußten also die Arbeitgeber fest, ohne Rücksicht auf die Höhe des wöchentlichen Entgelts, die Beiträge allein entrichten. Diese Vorschrift bedeutete eine gewisse Härte für die Arbeitgeber, zumal in solchen Gewerben, wo hohe Lehrlingsentschädigungen gezahlt wurden. Die durch Gesetz vom 25. Juni 1926 erfolgte Abänderung dieser Bestimmung ist daher im Interesse der Lehrlinge beschä-

tigenden Arbeitgeber zu begrüßen. § 1387 Abs. 2 Satz 2 heißt nunmehr: „Für Versicherte, deren regelmäßiges wöchentliches Entgelt 6 Reichsmark nicht übersteigt, entrichtet der Arbeitgeber die vollen Beiträge.“ Einerlei also, ob es sich um Arbeitnehmer oder Lehrlinge handelt: Beträgt das regelmäßige, wöchentliche Entgelt mehr als 6 Mk., so braucht der Arbeitgeber nur die Hälfte der Beiträge zu entrichten, während die andere Hälfte vom Arbeitnehmer, bezw. Lehrling gezahlt werden muß. Die Hauptversammlung bittet um Beachtung dieser neuen Vorschrift.

Neumühl. In selbstmörderischer Absicht sprang hier der 20 Jahre alte Fleischerlehrling W. in den Mühlenteich. Der junge Mann ertrank. Seine Leiche konnte noch nicht geborgen werden. Welche Beweggründe ihn in den Tod getrieben haben, ist bisher unbekannt.

Stolpmünde. Sturmschäden. Der große Nordweststurm, der in den letzten Tagen herrschte, hat auch hier ziemlich erheblichen Schaden angerichtet. Mehrere Boote wurden von ihren Liegestellen losgerissen und konnten nur mit Mühe und Not geborgen werden. Eine größere Menge von Holzstöcken, die für Bauzwecke verwendet werden sollten, trieben aus dem Hafen und konnten nur zum geringen Teil vom Lössenfluter geborgen werden. Auch die Bühnenbauten sind durch den Sturm beeinträchtigt worden, da der Vorstrand, der durch die bisher fertiggestellten Bühnen schon eine erhebliche Verbreiterung erfahren hatte, vom hohen Seegang bis auf etwa 20 Meter verschmälert worden ist. Der Passagierdampfer „Gertha“ konnte die Fahrt nach Bornholm nicht antreten.

Neuwasser. Infolge des anhaltenden ruhigen Wetters der letzten Zeit sind die Arbeiten beim Damkerort Durchbruch bedeutend gefördert worden. Es sind nunmehr 40 Bühnen auf der Strecke der verschwundenen Dünen — zirka 3 Km. — fertiggestellt worden. Die Abstände der Bühnen betragen 75 Meter; bei der Ortschaft Damkerort nur 37½ Meter. Erfreulicherweise sind eine Anzahl von Bühnen bis zur Hälfte eingeebnet, wodurch der Vorstrand erheblich verbreitert wurde. An der ganzen Wegstrecke, wo die alte Düne sich befand, sind außerdem noch zirka 20 Zentner schwere Betonblöcke zum Schutze gegen die See aufgebaut. Der ganze Durchbruch ist jetzt bis auf eine Lücke von 15 Meter Breite durch Pfähle geschlossen worden. Zum Herbst, wenn die Ausgrabung des alten Tiefs erfolgt ist, soll dann versucht werden, auch den Rest des Durchbruchs zu schließen.

Neufestin. Der etwa 50 Jahre alte geistesschwache Auhirt Karl Wendler aus Neufestin, welcher bei dem Besitzer Berndt in Perjanzig-Abbau in Diensten stand, hat am Sonntag, den 18. Juli, seine Arbeitsstelle heimlich verlassen und ist bisher noch nicht zurückgekehrt. Es wird angenommen, daß ihm ein Unglück zustoßen ist.

Pollnow. Das Zollamt Pollnow wird mit dem 31. August aufgehoben. Der gesamte Hebebezirk wird dem Zollamt Schlewe zugeteilt. Die Zollkasse Pollnow ist vom 25. August ab für den öffentlichen Kasienverkehr geschlossen. Von diesem Zeitpunkt ab müssen die Zahlungen für das Finanzamt Schlewe unmittelbar dorthin gezahlt werden.

Lauenburg. Dienstag nacht entstand in einem Anbau des Hauses Mühlentstraße 3 Feuer, durch das das Innere des Gebäudes vollständig ausbrannte. Nur dem Umstande, daß der Brand rechtzeitig entdeckt wurde, ist es zu danken, daß er keine weitere Ausdehnung annahm.

Dramburg. Vorbildliche Siedlungsunternehmen. Die vor einigen Jahren in Dramburg (Pommern) gegründete Siedlung „Kameradschaft“ hat in der kurzen Zeit ihres Bestehens schon 20 Wohnhäuser, in denen über 40 Familien untergebracht worden sind, errichten können. Für das laufende Jahr ist der Bau von 11 Wohnhäusern für etwa 20 Familien vorgesehen. Von diesen Häusern sind einige bereits im Rohbau fertig. Die Häuser gehen nach Fertigstellung in den Besitz der Siedler über, die einen Zuschuß im Werte von 1000 Arbeitsstunden zu leisten haben. Die übrigen Baugelder werden zu einem geringen Zinsfuß hypothekarisch eingetragene und sind zu amortisieren. Den Grund und Boden, etwa einen halben Morgen für jedes Siedlungsgebäude, gibt die evangelische Kirchengemeinde zum Preise von 25 Mark jährlich in Erbpacht.

Demmin. Weil seine Mutter ihm das geforderte Geld verweigerte, schlug der 22 Jahre alte Arbeiter H. aus der Holstenstraße auf seine Mutter ein und zog sein Messer, um ihr die Kehle zu durchschneiden. Die Mutter schützte sich durch Vorhalten der Hände und wurde dadurch an diesen schwer verletzt. Auf der Flucht vor ihrem schon vorbestraften, meist beschäftigungslosen Sohn hatte sie noch das Unglück, die Treppe hinabzufallen, wodurch sie weitere Verletzungen erlitt. Der ungeratene Sohn wurde verhaftet und zur Beobachtung seines Geisteszustandes in die Heilanstalt Straßund eingekerkert.

Carzig, Kr. Naugard. Ein Diebstahl, der aller Wahrscheinlichkeit nach auf das Konto eines der aus dem Naugarder Zuchthaus entlassenen Strafgefangenen zu buchen ist, wurde hier ausgeführt. Ein Dieb, dessen Spur man allerdings nicht verfolgen kann, entwendete aus dem Torweg des am äußersten Dorfsende wohnenden Landwirts Karl Bierguts zwei Hemden und eine Arbeitsjacke, stahl von der Leine zwei Paar Strümpfe, hieb auch eine alte Buddelhose mitgehen und — fand schließlich auch Verwendung für die einer Vogelweiche im Garten aufgesetzte alte Mütze.

Kallies. Bürgermeisterwahl. Die Stadtverordneten waren am Sonnabend zu einer wichtigen Sitzung zusammengetreten. Es galt, den neuen kommissarischen Bürgermeister zu wählen. Der neue Stadtverordnetenvorsteher Schleuder wies zu Beginn daher auf die Bedeutung der Sitzung hin, in der sich die Stadt ihr künftiges Oberhaupt, und zwar zunächst kommissarisch auf ein halbes Jahr, erwählen wolle. Von bürgerlicher Seite war Dr. jur. Kliem, sozialdemokratischerseits Kreisobersekretär Gutsche vorgeschlagen. Dr. Kliem-Gleiwitz wurde mit 9 gegen 5 Stimmen gewählt.

Sport und Spiel.

Der Kleinkinderschwimmen-Verein Stolp i. Pom. (K. K. S. Stolp) hatte am Sonntag einen großen Tag am Strande von Stolpmünde. Daß dem Entgegenkommen der örtlichen Behörden, und mit weitgehender Unterstützung des Besitzers des Kurhauses hatte der Verein am Strande einen provisorischen Schwimmplatz von 4 Schwimmlinien aufgebaut und mit Leinen umgrenzt. In die See hinein aber trugen eifriges Mitglieder des Vereins eine mit Korkschwimmern versehene Leine, an der 20 gasgefüllte Luftballons befestigt waren. Die See war recht ruhig, aber trotz des geringen Wellenschlages tanzten die roten Ballons auf dem Wasser einen so munteren Tanz, daß die Schützen des Vereins und das Bade-Publikum, das sich bald bemühte, mit den trefflicheren Büchsen des Vereins die

Ballons auf 50 bis 60 Meter Entfernung wegzuschleßen, einen schweren Stand hatten. Trotz des anfänglich schlechten Wetters war der Andrang der Neugierigen und Schießlustigen groß, so daß es von 3 Uhr nachmittags bis nach 7 Uhr abends dauernd und ununterbrochen lustig knallte. Erst als die Sonne so tief gesunken war, daß ein sicheres Zielschießen unmöglich wurde, konnte der Verein, der dem starken Andrang des Publikums Rechnung trug, das Schießen abbrechen, nachdem über 300 Ballons zerföhren worden waren. Ausgezeichnete Treffergebnisse waren zu verzeichnen. Vereinsmitglied Lebmann jun. aus Stolp hatte mehrere Male bei Serien von 3 Schuß auf das sehr schwierige Ziel keinen Fehler, desgleichen Lehmann sen., ein bewährtes Mitglied unserer „Schwarzzen Schützen“. Andere Stolper zeichneten sich ähnlich aus, so daß um 9 Uhr abends im Kurhause zum Teil sehr kostbare Preise verteilt werden konnten, die der Verein zum größten Teil der Freigebigkeit verschiedener Gönner verdankte. Alles in allem war der Tag für den Verein ein großer Erfolg, zumal sich bereits an Ort und Stelle eine ganze Anzahl angehobener Stolper Bürger als Mitglieder anmeldeten, denen hoffentlich noch andere folgen werden, um dem schönen Kleinkinderschwimmen in Stolp denjenigen Rang zu erkämpfen, der ihm nach seiner Bedeutung zukommt. Der Verein, der dem deutschen Kartell angeschlossen ist, pflegt seine Übungen an den Sonnabend-Nachmittagen und Sonntag-Vormittagen in der Lohnmühle abzuhalten, wo jedes antwessende Vorstandsmitglied gern Auskunft über die Tätigkeit des Vereins erteilt.

Letzte Meldungen.

Große Manöver im besetzten Gebiet. Paris, 27. Juli. „Echo de Paris“ meldet aus Mainz, daß die großen französischen Manöver im besetzten Gebiet am 16. August beginnen. Sie werden mit kriegsstarke Heeresverbänden unternommen. 1300 französische Genietruppen treffen am 29. Juli zur Vorbereitung der Verkehrs- und Transport-Materie ein.

Polen liquidiert weiter! Warschau, 27. Juli. Nach einer Meldung der „Gazeta Warszawska“ liquidierte Polen weiter. Das Hauptliquidationsamt hat heute 36 deutsche Vermögensobjekte zum Verkauf angeboten.

Schweres Verkehrsunglück in Warschau. Warschau, 28. Juli. Durch einen Zusammenstoß zwischen einem Güterzug und einem Straßenbahnwagen wurden 14 Personen zum Teil schwer verletzt.

Alkoholvergiftung in Buffalo. New York, 28. Juli. In Buffalo sind nach dem Geuß von mindertwertigem Alkohol 29 Personen gestorben.

Abraham Lincolns letzter Sohn gestorben. New York, 28. Juli. In Vermont ist im Alter von 88 Jahren der leiblichlebende Sohn des früheren Präsidenten der Vereinigten Staaten und Sklavenbefreiers Abraham Lincoln gestorben.

Handelsnachrichten.

Warenmarkt. Mittagsbörsen. (Amtlich.) Getreide und Oelfaaten per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Reichsmark ab Station: Weizen Märk. — (am 25. 7.: —). Roggen Märk. 185—190 (185—190). Sommergerste 190—205 (190—205). Inländische Futtergerste — (—). Neue Wintergerste 158—168 (155—168). Hafer Märk. 196—206 (199—209). Mais loko Berlin 176—178 (176—178). Weizenmehl 38,00—40,00 (38,00 bis 40,00). Roggenmehl 26,75—28,25 (26,75—28,25). Weizenkleie 10,50—10,75 (10,50—10,75). Roggenkleie 11,40—11,50 (11,40—11,50). Raps 355—365 (360—365). Leinsaat — (—). Viktoriabohnen 34—40 (34—41). Kleine Speisebohnen 28,00—32,00 (28—32). Futtererbsen 21—26 (21—25). Pelfschchen 27,00—28,50 (27,00—28,50). Ackerbohnen 23—26 (23—26). Wicken 33—35,00 (33,00—35,00). Lupinen blaue 15,00—17,00 (15,00—17,00). gelbe 20,00—21,50 (20,00—21,50). Seradella — (—). neue — (—). Rapskuchen 14,80—15,00 (14,80—15,00). Leinkuchen 19,10—20,00 (19,50—19,80). Trockenschnitzel 10,80—11,10 (10,70—11,00). Sojafchro: 20,30—20,80 (20,30—20,80). Torfmelasse 30-70 — (—). Kartoffelflocken 23,25 bis 23,75 (23,50—24,00).

Heu und Stroh.

(Amtlich.) Erzeugerpreise für 50 Kilo ab märkischer Station, frei Waggon, für den Berliner Markt in Reichsmark: Drahtgepreßtes Roggenstroh (Quadratballen) 1,15—1,65, drahtgepreßtes Haferstroh (beigl.) — drahtgepreßtes Gerstenstroh (Quadratballen) 0,80—1,20, drahtgepreßtes Weizenstroh (Quadratballen) 1,10—1,55, Roggenlangstroh (zweimal mit Stroh gebündelt) 1,65—2,00, Bindabengepreßtes Roggen- und Weizenstroh 1,25—1,65, Häfsel 2,10—2,40, handelsübliches Heu, gesund und trocken, nicht über 30 Prozent Befag mit minderwertigen Gräsern, alt — neu 2,80—3,20, gutes Heu, desgleichen nicht über 10 Prozent Befag alt — neu 3,60—4,10, Mielißhe 3,40—4,80, Kleeheu loka 4,20—4,60.

Berliner Frühmarkt vom 27. Juli 1926. Weizen: Juli 308, Oktober 268,5, Tendenz unregelmäßig; Roggen, Juli 205, Sept. 204, Oktober 206,5, Tendenz behauptet; Hafer, gut 222 bis 230, mittel 215—221, Wintergerste 186—195, Gerste, gut 227—233, kleiner Mais 200—205—210, Futtererbsen 330—340, Roggenkleie 115—120, Weizenkleie 108—114, Tendenz ruhig.

Stettiner Getreidebörse vom 27. Juli. Für 1000 Kg. wasserfrei Stettin: Roggen incl. 193, Weizen, incl. 317—321, Hafer 208—210, Wintergerste 168 M.

Berliner Butternotierung. Amtliche Preisfeststellung der Berliner Butternotierungskommission, mitgeteilt vom Verkaufsverband Norddeutscher Molkereien, Berlin G. 25. Die Preise gelten im Verkehr zwischen Erzeuger und Großhandel. Fracht und Gebinde gehen zu Lasten des Käufers. Berlin, 27. Juli. 1. Qualität 1,73, 2. Qualität 1,53, abfallende 1,33, Tendenz fest.

Stolper Ferkelmarkt am 28. Juli. Aufgetrieben waren 52 Ferkel. Bezahlt wurden für 4—6 Wochen alte Tiere 25 bis 30 Mark, für 6—8 Wochen alte 30—35 Mark. Der Markt wurde nicht geräumt.

Schimmel und Gärung sind die schlimmsten Feinde unseres Eingemachten. In jedem Falle ist es betreibend und verlustreich, wenn eingemachte Früchte, Marmelade, Gelee, Fruchtsaft oder Gurken usw. sich nicht halten und schlecht werden. Wirksamen Schutz bietet die Verwendung von Dr. Paster's Einmachehilfe, die den praktischen Hausfrauen unter unseren Leserinnen schon längst als unbedingt zuverlässig bekannt ist. Ein Päckchen für wenige Pfennige sichert hundertfache Werte.

Öffentliche Bekanntmachungen.

Betrifft:

Zahlung der Gewerbesteuer.

Die für die Monate April/Juni fällige Gemeinde-Gewerbesteuer ist innerhalb 3 Tagen an unsere Steuer-Einnahme zu zahlen.

Vom 1. August ab wird ein Zuschlag von monatlich 1 1/2 % erhoben. Außerdem fallen die nicht unerheblichen Kosten der Mahnung und Pfändung den säumigen Schuld-nern zur Last.

Stolp, den 27. Juli 1926.

Der Magistrat.

Kanal- und Müllabfuhrgebühren.

Die Erhebung der Kanal- und Müllabfuhrgebühren für den Zeitabschnitt Juli/September findet vom 1. August ab durch die städtischen Vollziehungsbeamten statt. Wir ersuchen die Hausbesitzer, die zu zahlenden Beträge, wie sie sich aus den Veranlagungsbenachrichtigungen ergeben, zur Abholung bereit zu halten.

Stolp, den 27. Juli 1926.

Der Magistrat.

Landwirte Pommerns in Front!

Treibt keinen Luxus bei Verwendung zu teurerer Oele. Bezieht in Barrels zum Preise von

75 Pfg. per Kg. = 1 Ltr. fr. Bhf. Stolp
bestes und im Gebrauch billigstes Oel für alle Motor-
fahrzeuge

„Delogol“

gef. gesch. distil. Sommeröl

durch

L. Moeller, Stolp i. P., Rüterstr. 36
Fernsprecher 780.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Nähmaschinen Reparaturen

preiswert
sachgemäß
und schnell
in dringenden Fällen
Fertigstellung
innerhalb 24 Stunden

Auf Wunsch Abholung
und Lieferung

SINGER
NÄHMASCHINEN AKTIENGESELLSCHAFT

Stolp i. Pomm., Mittelstrasse 5.

„Wienholz“ Blauband heisst die
Sorte, die in Kuchen und in Torte,
auch auf Brot und zu dem Fisch
kommt auf jeden guten Tisch.

Fordern Sie aus-
drücklich „Wien-
holz“ Blauband. Die
Margarine der aus-
ländisch. Konzerne
ist daran kenntlich,
dass der Name des
Fabrikanten auf der
Packung fehlt.

Kostenl. als Zugabe: Die „Wienholz“ Blauband-Ztg.



Waldkater - Restaurant.

Den angenehmsten Familienaufent-
halt bietet das herrlich gelegene
Maldkater - Restaurant. Die Neu-
verpachtung desselben bürgt für erst-
klassige Speisen und Getränke zu
angemessenen Preisen.

Der Kölner Dom in Gefahr!

Das hervorragendste nationale Kunstdenkmal auf deutschem Boden, das Wahrzeichen deutscher Einigkeit, ist bedroht. Sein Gestein hält nicht stand. Die Bauschäden werden täglich größer. Mit kleinen Mitteln kann nicht mehr geholfen werden, wenn nicht aus der bisherigen Absturzgefahr einzelner Teile eine Einsturzgefahr für konstruktiv wichtige Bauteile entstehen soll. Es handelt sich jetzt darum, ob wir das Nationaldenkmal am deutschen Strome erhalten oder verfallen lassen wollen.

Der Zentral-Dombau-Verein

rufft alle Kreise und Schichten des deutschen Volkes auf. Denn trotz der Not der Zeit ist die unversehrte Erhaltung des Domes eine Ehrenpflicht des ganzen deutschen Volkes, der es sich nicht entziehen kann, ohne sich selbst aufzugeben.

Tretet dem Dombau-Verein bei!

Unser Ruf geht zunächst an die Kölner, die den Dom in ihren Mauern bergen und stets seine opfer-
treudigsten Freunde und Hüter waren.

Alsdann an die übrigen Rheinländer, denen Dom und Strom die untrennbaren ewigen Symbole der
Heimat und des Glückes sind.

Schießlich an das ganze deutsche Volk, das sich dem treuen Wächter am deutschen Rheine gerade
setzt, wo er ihm wieder gesichert ist, in alter Liebe und neuer Begeisterung zuwenden wird.

Für den Vorstand des Zentral-Dombau-Vereins:

Karl Josef Kardinal Schulte, Erzbischof von Köln

Ehrenvorsitzender.

Reichsminister a. D. Dr. Frenken

Präsident.

Konsul Heinr. Maus Kommerzienrat Alfred Neven-DuMont Geh. u. Oberbaurat Hertel
stellv. Präsident. Schriftführer. Dombaumeister.

Kommerzienrat Dr. Ahn, Dompropst Dr. Middendorf, Erzdiozesanbaurat Renard,
Jacob Schmitz-Valkenberg, Bankdirektor Wilhelm Schmitz.

★

Vorstehendem Aufruf schließen wir uns mit der Bitte an, recht zahlreich Mitglied des Zentral-Dombau-
Vereins zu Köln zu werden. Kölner, Rheinländer, Deutsche, werdet alle Mitglied und helft durch den
Kölner Dom zu retten!

Dr. h. c. Adenauer, Oberbürgermeister von Köln.

Dr. h. c. Fuchs, Oberpräsident der Rheinprovinz.

Dr. h. c. Horion, Landeshauptmann der Rheinprovinz.

Der Mindestbeitrag für Vereinsmitglieder beträgt Mk. 3.—. Beitrittserklärungen sind zu richten an das
Sekretariat des Zentral-Dombau-Vereins e. V., Köln, Dombauhütte. Geldspenden und Mitgliedsbeiträge
erbeten auf das Postscheckkonto des Vereins: Köln Nr. 53169

NIGHT „YOGHURT“

Zwei Achtzigjährige!



Bulgare:
Ich als immer
„Yoghurt“

West-
europäer:
Ich leide
nicht

einfach dürfen Sie beim Einkauf verlangen,
nein

Dr. Axelrod's
Yoghurt müssen Sie fordern.

Es gibt vielerlei „Yoghurt“, aber die Weltmarke
führt den Namen

„Dr. Axelrod's Yoghurt“

Dieses Produkt wird im Regierungs-
bezirk Köslin aussch. von der Molkerei
Stolp i. Pom. hergestellt und ist in den
bekanntesten Verkaufsstellen erhältlich.



Rahma buttergleich

Das Geheimnis der Verbreitung,
Das Euch nicht Plakat und Zeitung,
Das sie selbst Euch nur verrät:—
„Qualität!“

„Schützendorf“ Pepsin in Weinbrand

ist keine Arznei oder Geheimmittel, sondern ein
magenstärkendes Genussmittel für Jedermann.
Alleinverkauf bei Heinrich Graves
Dunkes Restaurant, Stolp i. Pom.

Zwangs- Versteigerung.

Am Freitag, den 30. Juli
d. Js., vorm. 10 Uhr, werde
ich in Friedrichshof bei Gro-
bendorf:

ca. 1 Morgen Weizen
auf dem Halm, ca. 1/2
Morgen Wintergemenge
öffentlich meistbietend gegen
sofort. Barzahlung versteigert.
(Treffpunkt am Dorfeingang)
Stolp, den 28. Juli 1926
Haseney,
Ober-Gerichtsvollzieher.

Zwangs- Versteigerung

am 30. Juli 1926, nachmit-
tags 2 1/2 Uhr in Neustadt
(Treffpunkt Bahnhof Flintow)
ca. 9 Morgen Roggen
auf dem Halm;
um 5 Uhr nachm. in Klein-
Machin, Bahnhof
1 Biehwage mit Gewichtel
öffentl. meistbiet. gegen Bar
Scheunemann,
Ober-Gerichtsvollzieher
Stolp, Uhlandsstr. 12.